

# HANSISCHE GESCHICHTSBLÄTTER

HERAUSGEGEBEN  
VOM  
HANSISCHEN GESCHICHTSVEREIN

124. JAHRGANG



2006

Porta Alba Verlag  
Trier

## REDAKTION

Aufsatzteil: Dr. Rolf Hammel-Kiesow, Lübeck

Umschau: Dr. Volker Henn, Trier

Für besondere Zuwendungen und erhöhte Jahresbeiträge, ohne die dieser Band nicht hätte erscheinen können, hat der Hansische Geschichtsverein folgenden Stiftungen, Verbänden und Städten zu danken:

POSSEHL-STIFTUNG ZU LÜBECK  
FREIE UND HANSESTADT HAMBURG  
FREIE HANSESTADT BREMEN  
HANSESTADT LÜBECK



Landschaftsverband  
Westfalen-Lippe

DR. MARGARETE SCHINDLER

Umschlagabbildung nach: Hanseraum und Sächsischer Städtebund im Spätmittelalter, in: Hanse, Städte, Bünde. Die sächsischen Städte zwischen Elbe und Weser, Bd. 1, hg. v. Matthias Puhle, Magdeburg 1996, S. 3.

Zuschriften, die den Aufsatzteil betreffen, sind zu richten an Herrn Dr. Rolf HAMMEL-KIESOW, Archiv der Hansestadt Lübeck, Mühlendamm 1–3, 23552 Lübeck (rolf.hammel-kiesow@luebeck.de); Besprechungsexemplare und sonstige Zuschriften wegen der Hansischen Umschau an Herrn Dr. Volker HENN, Universität Trier, Fachbereich III, Postfach 3825, 54286 Trier (henn@uni-trier.de).

<http://www.hansischergeschichtsverein.de>

Beiträge werden als Manuskript und auf Diskette erbeten. Die Verfasser erhalten von Aufsätzen und Miszellen 20, von Beiträgen zur Hansischen Umschau zwei Sonderdrucke unentgeltlich, weitere gegen Erstattung der Unkosten.

Die Lieferung der Hansischen Geschichtsblätter erfolgt auf Gefahr der Empfänger. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

---

Eintritt in den Hansischen Geschichtsverein ist jederzeit möglich. Der Jahresbeitrag beläuft sich z. Zt. auf € 30 (für in der Ausbildung Begriffene auf € 15). Er berechtigt zum kostenlosen Bezug der Hansischen Geschichtsblätter. – Weitere Informationen gibt die Geschäftsstelle im Archiv der Hansestadt Lübeck, Mühlendamm 1–3, 23552 Lübeck.

ISSN 0073–0327  
ISBN 978–3–933701–25–1

# ZUR ROSTOCKER UNIVERSITÄTSGESCHICHTE IM 15. UND 16. JAHRHUNDERT: STADT, LANDESHERRN UND WENDISCHE STÄDTE – EIN ALTES THEMA NEU BELEUCHTET

von Marko Andrej Pluns

*Die Geschichte der Universität ist mit der Geschichte unseres fürstlichen Hauses auf das Innigste verknüpft [...] Die unmittelbare Pflege und Förderung, welche die Interessen der Universität durch die Allerdurchlauchtigsten Landesherren erfuhren, ist auf jedem Blatte ihrer Geschichte bezeugt, [...] Auf der anderen Seite geht der Kampf der Universität mit dem Rathe und der städtischen Gemeinde in den verschiedensten Formen durch alle Perioden ihrer Geschichte hindurch.<sup>1</sup>*

In diesen Zeilen fasst der Rostocker Theologieprofessor und landesherrliche Konsistorialrat Otto Karsten Krabbe im Mai 1854 das lange Zeit bestimmende fürstenfreundliche Geschichtsbild von der Universität Rostock geradezu klassisch zusammen. Krabbe fußt dabei auf juristischen Gutachten des 17. und 18. Jahrhunderts, die in einigen Punkten an die Geschichtswerke Albert Krantz' anknüpfen konnten.<sup>2</sup> Seit 1820 wurde vereinzelt Kritik an dieser Richtung laut.<sup>3</sup> Die Frage, ob die 1419 gegründete Universität Rostock als eine herzoglich-mecklenburgische oder städtisch-rostockische Hochschule zu gelten habe, ist seit dieser Zeit umstrit-

---

<sup>1</sup> Otto Karsten KRABBE, *Die Universität Rostock im funfzehnten[!] und sechzehnten Jahrhundert*, Rostock 1854, S. V-VI.

<sup>2</sup> Ernst COTHMANN, *Responsorum juris et consultationum academiaram liber singularis* [...], Frankfurt/Main 1614; Angelius J. D. AEPINUS, *Urkündliche Bestättigung der herzoglich=mecklenburgischen hohen Gerechtsamen über Dero Akademie und Rath zu Rostock*, besonders in Absicht der zwischen beyden vorwaltenden Streitigkeiten, Rostock 1754; Albert KRANTZ, *Saxonia*, Köln 1520, XI 3; DERS. *Wandalia*, Köln 1519, XIII 39, XIV 1, 6f., 9ff.

<sup>3</sup> Johann Chr. ESCHENBACH, *Ueber die eigentlichen Stifter der hiesigen Academie*, in: *Beylagen zu den wöchentlichen Rostockschen Nachrichten und Anzeigen* 41 und 42, 11.10.1820 und 18.10.1820, S. 162–164, 165–168; Karl KOPPMANN, *Zur Geschichte der Universität Rostock*, in: *HGbl.* 21, 1893, S. 23–40; Elisabeth SCHNITZLER, *Die Gründung der Universität Rostock 1419* (*Mitteldeutsche Forschungen*; 73), Köln 1974; Bernhard WANDT, *Die Universität der Hansestadt Rostock. Gründung und Entwicklung 1419–1827*, Rostock 1994.

ten.<sup>4</sup> Tatsächlich handelt es sich bei diesem Streit um nichts anderes als um die Verlagerung der politischen Auseinandersetzungen um die Universität auf das Feld der Geschichtsschreibung. Krabbes Buch wurde das Standardwerk zur Rostocker Universitätsgeschichte und erlebte sogar noch 1978 einen Reprint. Über ihn fand die fürstenfreundliche Tradition Eingang in die neuere Literatur.

Der hansische Charakter der Warnowhochschule ist hingegen unumstritten. Die Forschung folgt hier einer Richtung, die bereits Paul Johansen in dieser Zeitschrift gewiesen hatte, und widmete sich vor allem den personellen Zusammenhängen zwischen den Hansestädten und der Universität Rostock.<sup>5</sup> Eindrucksvolle Beispiele sind die Herkunft der Studenten und Lehrkräfte, von denen die letzteren oftmals in den wendischen Städten, besonders in Lübeck, beamtet oder bepfündet waren.<sup>6</sup> Auf die Behandlung von Rostocker Universitätsangelegenheiten auf Hanse- und wendischen Städtetagen machte Horst Wernicke aufmerksam,<sup>7</sup> nachdem noch Karl-Friedrich Olechnowitz 1964 dies kategorisch abgestritten hatte.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Die letzten Äußerungen dieser Kontroverse: Tilmann SCHMIDT, Die Anfänge der Theologischen Fakultät der Universität Rostock im Jahr 1433, in: Mecklenburgische Jahrbücher 117, 2002, S. 36, Anm. 119, als Replik auf Helmut G. WALTHER, Die Gründung der Universität Rostock 1419–1450 im Rahmen der spätmittelalterlichen Universitätslandschaft, in: Helge bei der WIEDEN, Tilmann SCHMIDT (Hgg.), Mecklenburg und seine Nachbarn, Rostock 1997, S. 107–126, hier 121 ff.

<sup>5</sup> Paul JOHANSEN, Umrisse und Aufgaben der hansischen Siedlungsgeschichte und Kartographie, in: HGBll. 73, 1955, S. 1–105, hier 102.

<sup>6</sup> Karl E. H. KRAUSE, Zur Geschichte der ersten Jahre der Universität Rostock, in: Große Stadtschule zu Rostock 1875. Zur öffentlichen Prüfung und Redeübung der Schüler des Gymnasiums, der Realschule und der Vorschule am. 17., 18., und 19. März 1875, Rostock [1875], S. 16–22; Elisabeth SCHNITZLER, Zur hansischen Universitätsgeschichte, in: Hansische Studien. Heinrich SPROEMBERG zum 70. Geburtstag (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte; 8), hg. v. Gerhard HEITZ und Manfred UNGER, Berlin 1961, S. 354–387; Klaus WRIEDT, Bürgertum und Studium in Norddeutschland während des Mittelalters, in: Schulen und Studium im sozialen Wandel des hohen und späten Mittelalters (Vorträge und Forschungen; 30), hg. v. Johannes FRIED, Sigmaringen 1986, S. 487–525; DERS., Gelehrte in Gesellschaft, Kirche und Verwaltung norddeutscher Hansestädte, Gelehrte im Reich. Zur Sozial- und Wirkungsgeschichte akademischer Eliten des 14. bis 16. Jahrhunderts (ZHF, Beiheft; 18), hg. v. Rainer-Christoph SCHWINGES, Berlin 1996, S. 437–452; DERS., Das gelehrte Personal in der Verwaltung und Diplomatie der Hansestädte, in: HGBll. 96, 1978, S. 15–37; Matthias ASCHE, Von der reichen hansischen Bürgeruniversität zur armen mecklenburgischen Landeshochschule. Das regionale und soziale Besucherprofil der Universitäten Rostock und Bützow in der frühen Neuzeit (1500–1800) (Contubernium; 52), Stuttgart 2000; Stephanie IRRGANG, Peregrinatio academica. Wanderungen und Karrieren von Gelehrten der Universitäten Rostock, Greifswald, Trier und Mainz im 15. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte der Universität Greifswald; 4), Stuttgart 2002.

<sup>7</sup> Horst WERNICKE, Die Rostocker Universität und die wendischen Hansestädte, in: Universität und Stadt. Wissenschaftliche Tagung anlässlich des 575. Jubiläums der Eröffnung der Universität Rostock, November 1994, Rostock 1995, S. 18–33.

<sup>8</sup> Karl Friedrich, OLECHNOWITZ, Die Universität Rostock und die Hanse, in: WissZsRostock 13, 1964, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 23, S. 239–249, besonders 240–244.

In den vergangenen Jahren hatte ich die Gelegenheit, im Rahmen einer durch die Landesgraduiertenförderung Mecklenburg-Vorpommern und kurzzeitig auch durch das Deutsche Historische Institut in Rom geförderten Dissertation das Thema: „Die Universität Rostock im Spannungsfeld zwischen Stadt, Landesherren und wendischen Hansestädten, 1418–1563“ zu bearbeiten. Einige Ergebnisse möchte ich hier in Form eines Abrisses darlegen. Dabei sei schon vorweggenommen, dass die Beziehungen der Universität zu den regionalen Mächten nicht in einfachen Schlagworten wie „fürstliche“, bzw. „städtische“ oder „hansische Universität“ zu fassen sind. Die Verhältnisse gestalteten sich vielmehr dynamisch.

Im Kontext der Auseinandersetzungen, ob die mecklenburgischen Landesherren oder der Rostocker Rat die besseren Rechte auf die Hochschule geltend machen konnten, ist besonders die Gründung des Rostocker Generalstudiums viel diskutiert worden. Obwohl in letzter Zeit sowohl im Vatikan<sup>9</sup> als auch im Rostocker Stadtarchiv bislang unberücksichtigte Dokumente zur Hochschulgründung zum Vorschein gekommen sind, kann die vielgestellte Frage nach dem eigentlichen Gründer nicht beantwortet werden. Drei Parteien, der Bischof von Schwerin, die mecklenburgischen Herzöge und der Rat der Stadt Rostock beteiligten sich an der Gründung. Einer Rostocker Bursprake vom 29. Juli 1419 zufolge lag die Federführung ganz offenbar bei den Ratsherren, die auch der neu gegründeten Universität die materiellen Grundlagen, d. h. Gebäude und Einkünfte, zur Verfügung stellten.

Aus diesem Engagement erwuchs eine Schutzherrschaft über das Generalstudium, in deren Rahmen der Rat weitgehende Kompetenzen ausübte: Schutz, das Recht Professoren zu entlassen, universitätsinterne Streitigkeiten zu schlichten und in Einzelfällen Universitätslehrer zu berufen, ferner die Mitsprache bei Statutenänderungen sowie die erstinstanzliche Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten mit Bürgern. Die Universitätsangehörigen mussten schwören, Wohlfahrt und Ansehen von Rat und Gemeinde zu fördern; die Anrufung auswärtiger Gerichte war ihnen mit Ausnahme der geistlichen Gerichtsbarkeit untersagt. Im Übrigen musste der Universitätsnotar die Stadt oder auch einzelne Bürger vor geistlichen Gerichten vertreten. Der Rat bedurfte der Zustimmung der Bürgergemeinde und wohl auch der Landesherren, um diese Schutzherrschaft über die Universität auszuüben. Während des ersten Universitätsexils in Greifswald, 1436–1443, ruhten diese Beziehungen. Nach der Rückkehr der Doktoren,

---

<sup>9</sup> Hierzu wohl demnächst Tilmann SCHMIDT.

Magister und Scholaren wurden sie jedoch ausdrücklich und mit landesherrlicher Genehmigung erneuert.<sup>10</sup>

Das eingespielte Verhältnis zwischen Stadt und Universität wurde erst 1483 im Vorfeld der Rostocker Domfehde (1487–1491) angefochten. Der Vorgang ist im Kontext der Landespolitik Herzog Magnus' II. (1479–1504) zu sehen: Der energische Fürst führte frühmoderne Verwaltungsformen ein, betrieb Landeskirchenpolitik und suchte die unter seinen Vorgängern vergebenen Herrschaftsrechte zu sammeln und zu erweitern. Um die landesherrliche Macht in Rostock wieder zur Geltung zu bringen, sollte die dortige Pfarrkirche St. Jakobi in ein Kollegiatstift umgewandelt werden und dessen Kapitel aus juristisch gebildeten geistlichen Räten der Landesherren bestehen. Vier Pfründen waren langgedienten Universitätslehrern vorbehalten, derer sich die Herzöge als juristische Berater bedienen wollten. Eine materielle Besserstellung der Universität, geschweige denn eine Erweiterung ihres Lehrkörpers, war nicht beabsichtigt, sondern eine bedeutende Steigerung der fürstlichen Macht in den Mauern Rostocks und ferner die Einbindung der Universitätsjuristen in das landesherrliche Beratergremium. Im Zusammenhang mit solchen Plänen formulierte Magnus erstmalig seinen Anspruch auf die Hochschule und rechtfertigte ihn aus der angestrebten Landeshoheit und der – angeblich allein durch die Herzöge erfolgten – Universitätsgründung; letzteres war freilich eine Fiktion!

Der Streit um die Universität Rostock ist somit ein Teilkonflikt der Auseinandersetzungen von Rat und Bürgergemeinde Rostocks mit den mecklenburgischen Herzögen um die Autonomie der Stadt. Die Universitätslehrer standen im damaligen Konflikt auf Seiten der Stadt. Als bewaffnete Auseinandersetzungen drohten, verließen die Universitätsangehörigen mit Erlaubnis des Rates die Stadt und zogen, obwohl die Herzöge den Magistern und Scholaren verboten hatten, weiter als bis nach Wismar zu gehen, nach Lübeck, wobei sie das letzte Stück des Weges möglicherweise per Schiff zurücklegten, um vor landesherrlichen Nachstellungen sicher zu sein. Während eines Waffenstillstands und noch bevor der Konflikt zwischen Rostock und den Landesherren beigelegt war, kehrten sie mit Erlaubnis von Rat und Gemeinde zurück. Während der Auseinandersetzungen fungierten Universitätsjuristen als Anwälte, Gesandte und Gutachter für die Stadt.<sup>11</sup> Dadurch zog sich die Hochschule die fürstliche Ungnade zu. Sie musste eine geringe Bußzahlung leisten und die für ihre

---

<sup>10</sup> Marko Andrej PLUNS, Die Universität Rostock im Spannungsfeld zwischen Stadt, Landesherren und wendischen Hansestädten, Diss. phil. Univ. Rostock 2006 (unveröff. Manuskript), S. 48–54, 126–130.

<sup>11</sup> PLUNS, Spannungsfeld (wie Anm. 10), S. 69–102.

Gelehrten vorgesehenen vier Pfründen aus eigenen Mitteln dotieren. Das Verhältnis zwischen Dozenten und Stiftsgeistlichen blieb bis in die 1520er Jahre angespannt.<sup>12</sup> Auch von einem „engen Miteinander zwischen Fürstenhaus und Universität“ kann keine Rede sein.<sup>13</sup> Die im Konzil der Universität vertretenen Gelehrten suchten sich vielmehr landesherrlichen Ansprüchen zu entziehen. So weigerten sie sich, an einer Sitzung des herzoglichen Lehnserbgerichts teilzunehmen und den landesherrlichen Rat Nikolaus Marschalk als ‚freien Dozenten‘ aus dem Universitätsfiskus zu bezahlen. In der Vorrede zur Vorlesungsordnung von 1520 wurde der Anspruch der Herzöge auf die Universität sogar mit feiner Ironie bespöttelt.<sup>14</sup>

Schon vor der Reformation traten die wendischen Hansestädte zunehmend als Förderer der Hochschule auf. Bereits 1422/23 unterstützten sie das Bemühen, durch Papst Martin V. eine Theologische Fakultät genehmigt zu bekommen. Besonders setzten sich die Städte jeweils nach den beiden Auszügen der Universität (1436–1443, 1487/88) für deren Wiederaufnahme in Rostock ein. Vertreter Lübecks, Hamburgs und Wismars sowie des hamburgischen und lübeckischen Domkapitels erschienen 1443 als Zeugen eines entsprechenden Vertrages. Der Lübecker Rat verwahrte die beiden wichtigsten Urkunden der Universität. 1513 drängten sechs wendische Städte gemeinsam darauf, Missstände im Lehrbetrieb abzustellen. Die Universitätslehrer versprachen umgehend Abhilfe und schickten im April 1514 zwei Gesandte zur wendischen Tagfahrt, auf der man gemeinsam mit den Ratssendeboten über die Probleme beriet. Dies alles geschah vor dem Hintergrund, dass die Universität Rostock der bevorzugte Studienort für die Bürgersöhne der wendischen Städte war, der Lehrkörper mehrheitlich aus diesen Städten stammte, führende Bürger zugunsten der Hochschule stifteten und die dortige Geistlichkeit vielfach an der Warnow studiert hatte.<sup>15</sup>

Erst die tiefe Krise, in die die Universität infolge der Reformation geriet, führte dazu, dass sich die Universitätslehrer nunmehr auf die Landesherrschaft hin orientierten. Seit den frühen 1520er Jahren fielen die Immatrikulationszahlen dramatisch. Die Renten, die als Geldanlagen den größten Teil der Universitätseinkünfte ausmachten, wurden nicht mehr gezahlt. Die Bürger drängten beim Rat darauf, den evangelischen Gottesdienst einzuführen und den alten Kult abzuschaffen. Die altgläubigen –

<sup>12</sup> Ebd., S. 102–111.

<sup>13</sup> So ASCHE, Bürgeruniversität (wie Anm. 6), S. 36.

<sup>14</sup> PLUNS, Spannungsfeld (wie Anm. 10), S. 112–125.

<sup>15</sup> Ebd., S. 54f., 58–62, 98–100, 114–117; Rainer POSTEL, Die Reformation in Hamburg 1517–1528 (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte; 52), Gütersloh 1986, S. 357–386.

allenfalls humanistisch-kirchenreformerisch gesinnten – Hochschullehrer fürchteten um ihre Lehrstühle und die von ihnen bewohnten Universitäts Häuser. Dass der Rat überdies die Urkunden und Wertgegenstände der Hochschule, wie diejenigen kirchlicher Institutionen unter Verschluss nahm, belastete das Verhältnis zusätzlich. Herzog Heinrich V. von Mecklenburg ließ hingegen spätestens im Frühjahr 1530 erkennen, dass er an einer Wiederherstellung der Hochschule interessiert sei. Einerseits beabsichtigte er dadurch, die fürstlichen Ansprüche auf die Universität durchzusetzen, andererseits wurde der Herzog hierbei durch seinen Sohn, Magnus III., den postulierten Bischof von Schwerin, dazu gedrängt. Der junge Fürst stand seit 1529 mit Philipp Melanchthon im Briefwechsel, der ihn in jedem seiner Schreiben ermahnte, die Wissenschaften zu fördern bzw. die Universität Rostock wiederherzustellen. Dass Magnus einen Melanchthon-schüler als Prinzenerzieher hatte, verstärkte den Einfluss des Wittenberger Humanisten.

1532 begannen die Rostocker Universitätslehrer mit Herzog Heinrich V. zu kooperieren. Ein Verbot des Rates wurde missachtet und dem Fürsten gegenüber erklärt, dass man die Rechte des Landesherren über die Universität höher achte als diejenigen des Rates. Daraufhin griffen die Ratsherren seit November 1532 zu Repressalien. Die verbliebenen Hochschullehrer mussten im Winter 1532 oder im Laufe des Jahres 1533 einem Abkommen zustimmen, das dem Rat ermöglichte, die Universität zu kontrollieren. Im Gegenzug wurden den Mitgliedern des Universitätskonzils ihre Einkünfte, Lehrstühle und Häuser garantiert. Wiederholte Proteste des Fürsten und sein Verlangen, an der Wiederherstellung der Universität beteiligt zu werden, wiesen die Rostocker konsequent zurück.

Aufgrund der Grafenfehde kümmerten sich Rat und Herzog Heinrich V. in den Jahren 1534/35 kaum um die Belange der Hochschule. Doch schon während der Hamburger Friedensgespräche (Winter-Frühjahr 1535/36) hatte man den Rostocker Ratssendeboten aufgetragen, die teilnehmenden Hansestädte auf die desolate Lage der Universität Rostock aufmerksam zu machen und sich bei ihnen um finanzielle Unterstützung und um Lehrkräfte zu bemühen.<sup>16</sup> Das Thema griff man jedoch erst im folgenden Jahr auf:<sup>17</sup> Mit den wendischen Städtetagen von 1537, '38 und '39 sowie dem Lübecker Hansetag von 1540 wurde die Unterstützung für die daniederliegende Universität in einer ganzen Stafette hansischer Tagfahrten behandelt, wobei der Rostocker Ratssekretär Peter Sasse und der Lübecker Superintendent Hermann Bonnus im Vorfeld die Weichen stellten. Die

---

<sup>16</sup> HR IV, 2, 345.

<sup>17</sup> HR IV, 2, 642 §§ 58f.

Rostocker Ratssendeboten und auch die Lübecker und Hamburger, die ihr Anliegen unterstützten, wollten einen möglichst großen Kreis von Hansestädten als Förderer gewinnen. Dennoch erhielten die Rostocker nach weiteren Einzelverhandlungen bis 1542 lediglich Zusagen der Städte Lübeck, Hamburg und Lüneburg, ferner von Riga und Reval, wobei die beiden livländischen Städte ihr Versprechen jedoch nicht umsetzten.<sup>18</sup>

Seit 1542 zahlten die drei wendischen Städte jährliche Beiträge zur Besoldung je eines Universitätslehrers. Bald kam es jedoch zu Unstimmigkeiten zwischen Rostock einerseits und Lübeck, Hamburg und Lüneburg andererseits: Die mecklenburgischen Herzöge, deren universitätspolitische Forderungen nach wie vor konsequent abgelehnt wurden, ließen in den Städten verbreiten, dass der Rostocker Rat die Universität unterdrücke. Schwerer wog, dass der Rostocker Rat selbst kein Geld für seine Universität ausgab, jedoch von den anderen Städten finanzielle Beiträge einforderte und solche Forderungen erneut auf dem wendischen Städtetag von 1543 erhob. Im Sommersemester 1544 versuchte er überdies mit Hilfe einer neuen Studienordnung, die beiden herzoglichen Dozenten Arnold Burenius und Heinrich Wulf zu vertreiben. Weil beide Lehrer bei den führenden Bürgern Lübecks sehr beliebt waren, kam es zu einer ernsthaften Verstimmung zwischen beiden Städten, so dass die Lübecker drohten, ihre Beiträge zurückzuziehen.<sup>19</sup> Die Streitigkeiten hatten bereits einen konfessionellen Unterton. Seit der Auflösung des Rostocker Bürgerausschusses der 64er im März 1536 hatte die Reformation in Rostock keine Fortschritte mehr gemacht. Der Rat hintertrieb Maßnahmen, die zur ihrer weiteren Durchsetzung dienen sollten. Ein Versuch des obersten Predigers Heinrich Tehen, im Wintersemester 1539/49 die Universitätslehrer auf das Augsburger Bekenntnis zu verpflichten, scheiterte am Bündnis des Rates mit den altgläubigen Lehrkräften. Die Superintendenten aus Hamburg und Lübeck, Aepinus und Bonnus, mussten in diesem Streit vermitteln und bekamen so aus nächster Nähe einen Einblick in die Rostocker Religions- und Universitätspolitik. Interessanterweise berief der Rat auch keine Absolventen der Universität Wittenberg, ja sprach sich auf den Tagfahrten sogar gegen solche aus und holte stattdessen humanistisch-reform-katholische Niederländer an die Warnow. Demgegenüber hatten die meisten der Gelehrten, die Heinrich V. seit 1532 an die Universität entsandte, in Wittenberg studiert.

Im Kontext des Schmalkaldischen Krieges (1546/47) und des Augsburger Interims (Juni 1548) traten weitere Gegensätze auf. Rostock bewahrte

<sup>18</sup> PLUNS, Spannungsfeld (wie Anm. 10), S. 200–264.

<sup>19</sup> Ebd., S. 265–302.

gegenüber der kaiserlichen Religionspolitik, die sich gegen die Protestanten richtete, eine wohlwollende Neutralität, während Hamburg auf Seiten des Schmalkaldischen Bundes kämpfte. Der Widerstand gegen das Interim ging maßgeblich von der evangelischen Geistlichkeit Lübecks, Hamburgs und Lüneburgs aus. In Rostock dagegen wurden gerade die Universitätsstatuten um ein altgläubig-katholisches Bekenntnis ergänzt (Dezember 1548). Offenbar auf Betreiben des Lübecker Superintendenten Hermann Bonnus beendeten die drei Städte 1547/48 ihre Zahlungen für die Rostocker Hochschule.<sup>20</sup>

Unter kaiserlichem Druck, das Interim anzunehmen, bekannten sich die mecklenburgischen Stände im Juni 1549 zum evangelischen Glauben. Der Rostocker Rat gab nur zögernd seine unentschiedene, von Sympathien für den alten Glauben getragene Religionspolitik auf. Herzog Johann Albrecht I. (1547–1576) begann dagegen eine dezidiert evangelische Landes- und Reichspolitik zu betreiben. Während der Rostocker Rat nach dem Bruch mit Lübeck, Hamburg und Lüneburg keine besonderen Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Hochschule verfolgte, gingen die Initiativen nunmehr von den Landesherren aus, insbesondere von Johann Albrecht. Im Herbst 1551 fanden auf Druck der Herzöge großangelegte Verhandlungen statt. Die Fürsten verlangten die Zulassung ihrer Lehrkräfte zum Universitätskonzil, Nichteinmischung des Rates in die Universitätsangelegenheiten und städtische Beiträge zur Wiederherstellung der Hochschule. Ratssendeboten und Syndizi Lübecks, Hamburgs und Lüneburgs sollten in den Gesprächen vermitteln. Dabei isolierte sich der Rostocker Rat durch seine starre und kompromisslose Haltung, so dass die Vertreter der drei Städte im Sinne der fürstlichen Verhandlungspositionen auf die Vertreter Rostocks einzuwirken versuchten. An deren Unbeweglichkeit scheiterten jedoch alle Vermittlungsbemühungen und schließlich auch schriftliche Nachverhandlungen.<sup>21</sup>

Auch in den folgenden zehn Jahren kam man einer Lösung des Universitätskonflikts nicht näher. Der Rostocker Rat zeigte sich weiterhin kompromisslos. Einige kleinere Vermittlungsversuche der drei Städte scheiterten, so dass Lübeck, Hamburg und Lüneburg bis 1561 das Interesse verloren, an Rostocker Universitätsangelegenheiten mitzuwirken. Überdies gelang es den Fürsten in den Jahren 1551–1561, die Bedingungen für eine zukünftige Einigung zu verbessern. Sie mäßigten ihre Forderungen und dotierten die Universität im Jahr 1557 mit jährlichen Einkünften von 3500 Gulden aus den Gütern ehemaliger Klöster. 1560 be-

---

<sup>20</sup> Ebd., S. 240–250, 252–258, 270, 274f., 283f., 300–302.

<sup>21</sup> Ebd., S. 333–357.

sorgte sich Johann Albrecht eine kaiserliche Urkunde, die den Landesherren sämtliche Rechte zusprach, die sie über die Universität beanspruchten. Der Rostocker Rat betrachtete dies Dokument jedoch aus rechtlichen Gründen als nichtig und konnte sich mit dieser Auffassung langfristig durchsetzen.

Während es den Fürsten in den 1550er Jahren gelang, ihre Landesherrschaft zu konsolidieren, zeigte sich in Rostock ein gegenteiliges Bild: Besonders seit 1555 eskalierten die Streitigkeiten um das Rostocker Kirchenregiment, das Rat und Landesherren jeweils für sich beanspruchten; die Prediger waren dabei auf ihre Unabhängigkeit vom Rat bedacht. Der Umstand, dass einige Ratsherren immer noch der alten Kirche anhingen, sorgte für zusätzlichen Konfliktstoff. Im Frühjahr 1561 mußte Rostock als landsässige Stadt einen Teil der fürstlichen Schulden übernehmen. Darüber entstanden Meinungsverschiedenheiten zwischen Rat und Gemeinde, wie diese Summe aufzubringen sei und führten 1561–1565 zu erneuten Bürgerkämpfen.<sup>22</sup>

Die Lösung des Hochschulkonflikts wurde durch Ereignisse herbeigeführt, die mit der Universität wenig zu tun hatten: Herzog Ulrich warf den Rostockern vor, dass sie sich unrechtmäßig Darguner Klostersilber angeeignet hätten; außerdem fühlte er sich durch eine Bemerkung des städtischen Superintendenten Johannes Kittel beleidigt. Ulrich griff zu Repressalien und bemerkte bald, dass diese auch dazu taugten, die Rostocker zum Nachgeben in der Universitätsangelegenheit zu bewegen. Somit kam es im Herbst 1562 zu Verhandlungen über einen Vertrag zwischen Landesherren und Rat hinsichtlich ihrer beiderseitigen Rechte an der Hochschule. Nach weiteren Verwicklungen wurde dieses Abkommen unter dem Titel *Formula concordiae* am 11. Mai 1563 ratifiziert. Das Abkommen erkennt an, dass die Universität ursprünglich durch den Rostocker Rat gestiftet worden sei. Sie nennt ausdrücklich das Privileg Papst Martins V. von 1419 und nicht die Urkunde Kaiser Ferdinands von 1560 als Rechtsgrundlage der Hochschule. Die vielfach geäußerte Meinung, dass das päpstliche Privileg nach der Reformation ungültig geworden sei, ist damit zurückzuweisen. Der wesentliche Inhalt der *Formula concordiae* lässt sich wie folgt umreißen:

- Sie verfügt die Aufnahme der landesherrlichen Dozenten ins Konzil und lässt diese zu Universitätsämtern zu;
- sie regelt die Gerichtsbarkeit über die Universitätsangehörigen;
- sie bestimmt deren wirtschaftliche und steuerliche Privilegien;
- sie legt die Universität auf die Augsburger Konfession fest;

<sup>22</sup> Ebd., S. 358–389.

- sie nennt die Beiträge, die Stadt und Landesherrschaft jeweils zur Hochschule leisten sollten;
- sie bestimmt zwei gleichberechtigte Professorenkollegien, ein herzogliches und ein ‚rätliches‘.

Indem die *Formula concordiae* von der Existenz zweier Professorenkollegien ausging, die jeweils von ihren ‚Dienstherren‘, den Herzögen bzw. dem Rat, unterhalten wurden, sanktionierte sie die Verhältnisse, die sich seit den 1530er Jahren herausgebildet hatten, als Herzog Heinrich begann, Gelehrte nach Rostock zu entsenden. Die Finanzierung der beiden Kollegien war jedoch sehr unterschiedlich: Einige ‚rätliche‘ Professoren, die zugleich städtische Ämter innehatten, wurden direkt vom Rat, andere aus den übrig gebliebenen alten Renten der Universität besoldet. Die fürstlichen Lehrkräfte waren durch die Dotation der 3500 Gulden weit besser gestellt, zumal es sich dabei um landwirtschaftliche Pachten handelte, die sich während der Agrarkonjunktur des späten 16. und frühen 17. Jahrhunderts noch bedeutend steigern ließen.

Am 19. Oktober 1577 einigten sich Rat und Universität auf die sogenannte *Formula concordiae posterior*. Im wesentlichen umriss sie schärfer den Kreis der Universitätsangehörigen, bestimmte deren wirtschaftliche und steuerliche Privilegien genauer und grenzte sie ein.

Die Auseinandersetzungen über derartige akademische Vorrechte zogen sich dennoch bis ins 18. Jahrhundert hinein.<sup>23</sup> In diesem Klima der ständigen Reibereien mit der Stadt Rostock und angesichts der ungleichen Besoldung der fürstlichen und der städtischen Professoren bildete sich zu Anfang des 17. Jahrhunderts das fürstenfreundliche Geschichtsbild heraus, wonach die Landesherren stets die Wohltäter der Hochschule gewesen seien, während man mit der Stadt permanent in gespannten Verhältnissen gelebt habe, wofür das hier an den Anfang gestellte Zitat Otto Karsten Krabbes ein beredtes Zeugnis ablegt.

---

<sup>23</sup> Ebd., S. 406f.

# HANSISCHE UMSCHAU

In Verbindung mit *Norbert Angermann, Detlev Ellmers, Antjekathrin Graßmann, Carsten Jahnke, Ortwin Pelc, Louis Sicking und Hugo Weczerka*

bearbeitet von *Volker Henn*

## ALLGEMEINES

*Essays in Hanseatic History: The King's Lynn Symposium 1998*, hg. von Klaus Friedland und Paul Richards (Dereham 2005, Larks Press, 118 S., zahlreiche Abb.). – Nach längeren Bemühungen von Syd Swan und Paul Richards, fand im Juni 1998 in King's Lynn eines der unregelmäßig durchgeführten Symposien des HGV in den ehemaligen hansischen Handelsniederlassungen zum Thema „Lynn's Hanse Days“ statt. Während die Erträge der entsprechenden Kolloquien in Bergen, London, Visby, Brügge und Novgorod Eingang in die Reihe der „Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte“ gefunden haben, wurden die Vorträge der Tagung in King's Lynn an etwas entlegener Stelle veröffentlicht. Die Themen der Aufsätze sind recht weit gestreut: Sie reichen von einschlägigen Studien zur Geschichte Lynns, zum englisch-hansischen Handel und der Entwicklung mittelalterlicher Häfen bis hin zu Tanzsälen in norddeutschen Rathäusern und religiösen Praktiken der Hansekaufleute in Brügge. Kein Zweifel, die Beiträge sind alle lesenswert, wenn auch – wie die Abbildungen – von unterschiedlicher Qualität; insgesamt fehlt es jedoch an einer einheitlichen Linie. Zudem wäre es hilfreich gewesen, wenn die Beiträge der auswärtigen Teilnehmer von einem englischen Muttersprachler durchgesehen worden wären. So findet man beispielsweise den HGV sowohl als „Hanseatic History Union“ wie auch als „Hanseatic History Society“ bezeichnet, und die hansischen Kontore werden mit „Kontor“, „factory“ und „agency“ übersetzt. Auch korrespondieren die im Inhaltsverzeichnis genannten Titel nicht immer mit den Überschriften der jeweiligen Beiträge. Nach einem Vorwort von P. Richards und einer knappen Einleitung von K. Friedland folgen acht Beiträge, die nach vier Schwerpunktthemen („Town and Harbour“, „Merchants and Trade“, „Festival and Spiritual Life“, „Lynn and the Hanse“) geordnet sind. P. Richards liefert in *The Hinterland and Overseas Trade of King's Lynn 1205 – 1537* (11–21) einen insgesamt soliden Überblick zur Seehandelsgeschichte von King's (vormals Bishop's) Lynn. Dabei weist er besonders auf die Bedeutung der schiffbaren Wasserwege in Lynns Hinterland für die Wirtschaft der Hafenstadt hin. Allerdings fehlt der Darstellung der Siedlungsgeschichte und der stadtrechtlichen Stellung Lynns (Entwicklung aus zwei Siedlungskernen; Status einer „ecclesiastical borough“) die nötige Klarheit. – *East Anglian Coasts and Harbours* (22–36) sind das Thema des Beitrags von Bärbel Brodt. Einer strikten Definition folgend versteht sie unter East Anglia vornehmlich die Grafschaften Norfolk und Suffolk, wobei die beigelegte Karte räumlich wesentlich weiter ausgreift. Vf.in macht deutlich, welche mitunter verheerende Auswirkungen die Küstenerosion in diesem Teil Englands hatte; so wurde das einst prosperierende Dunwich seit dem Spätmittelalter fast komplett ins Meer gespült. Neben Dunwich gibt B. Einblicke in die Geschehnisse von Boston (Lincolnshire), Lynn, Yarmouth, Orford